

Schadensprävention

Kanalisierte Flüsse begünstigen Hochwasser. Durch Renaturierung sollen Gewässer mehr Raum bekommen; und entwässerte Moore sollen wieder vernässt werden (Bild: Ibmer Moor in OÖ).

Von Franz Essl

Fast schon fünf Monate ist es her, dass in Österreich ein neuer Nationalrat gewählt wurde. Eine Regierung gibt es bis heute nicht (Stand bei Redaktionsschluss am 19.2.). Die Verhandlungen in diversen Konstellationen gestalten sich bislang zäh, und die Rahmenbedingungen sind schwierig – Stichworte Budgetdefizit, lahme Wirtschaft und eine zunehmend polarisierte politische Landschaft.

Wo soll nun also der Rotstift zur Budgetsanierung angesetzt werden? Besonders oft genannt wurden erfolgreiche Maßnahmen der Klima- und Naturschutzpolitik: Förderungen zum Ausstieg aus fossilen Heizungen, Anreize zum Umstieg auf E-Autos, das Klimaticket, die CO₂-Bepreisung samt Klimabonus – all das wurde immer wieder als Streichposten genannt. Das ist schon erstaunlich und zeugt von fehlender politischer Weitsicht, was eine funktionierende Wirtschaft in Zeiten des Klimawandels braucht. Denn eine Demontage umweltpolitischer Steuerungsmaßnahmen bremst die Umstellung auf neue Technologien, führt zu hohen gesellschaftlichen Kosten etwa durch höhere Importe fossiler Energieträger und schreibt einen teuren Weg fort, der zu mehr Unwettern, Überflutungen und sterbenden Wäldern als Folge des Klimawandels führt. 

Lobautunnel: Teuer und sinnlos

Mit anderen Worten: Es ist eine rückwärtsgewandte Politik, die den Wirtschaftsstandort Österreich schädigt. Und die Physik, Ökologie und Wissenschaft ignoriert. Es ist eine Politik, die wir uns nicht leisten können, die sich keine Regierung leisten kann und die der österreichischen Bevölkerung nicht zugemutet werden darf. Schon gar nicht, wenn gleichzeitig daran gedacht wird, völlig aus der Zeit gefallene Projekte wie die auf 2,4 Milliarden Euro geschätzte Lobau-Autobahn wiederzubeleben, obwohl eine strategische Umweltprüfung vor Kurzem gezeigt hat, dass dieses



Foto: Stock/Anagym

Eine künftige Regierung, die es gut mit Österreich meint, muss für eine konsequente Umweltpolitik eintreten – und zwar allein schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse. Ein Gastkommentar.

Biodiversität geht uns alle an



Weitere Texte von Franz Essl finden sich in unserem Dossier „Ausgeartet“ vom 29. Mai 2024, auf [furche.at](https://www.furche.at).



Projekt sinnlos ist und es weitaus bessere Alternativen gibt. Oder wenn die – laut WIFO-Studie aus dem Jahr 2022 – mehr als fünf Milliarden Euro, die jährlich an klimaschädlichen Subventionen ausgegeben werden, nicht angestastet werden. Wenn hier ernsthaft angesetzt würde, so wäre das Budget schon zu einem Großteil saniert.

Welche Weichen zu stellen sind, um Österreich klima- und umweltpolitisch nach vorn auszurichten, ist hinlänglich bekannt. Umfangreiche Maßnahmen wurden im Nationalen Energie- und Klimaplan vorgelegt, und das „Climate Change Center Austria“, die führende nationale Institution zur Klimapolitik, hat diese Maßnahmen umfassend bewertet. Die Initiative „MehrGrips“ hat 2024 ein Positionspapier vorgelegt, in dem 40 Maßnahmen zur Klima- und Umweltpolitik herausgegriffen werden, deren Umsetzung als prioritär für eine neue Regierung bewertet wird. Das Besondere daran: Dieses Papier wurde gemeinsam

von Vertretern und Vertreterinnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erstellt. Dies zeigt eindrücklich, dass große Teile der Wirtschaft eine ambitionierte, aber planbare und verlässliche Umweltpolitik erwarten, ja einfordern! Das gilt für kleine Handwerksbetriebe, die für den Ausstieg aus fossilen Heizungen unersetzlich sind. Das gilt aber auch für Großunternehmen wie die VOEST, die mit dem derzeit in Bau befindlichen Lichtbogen-Stahlhofen in Linz global Technologieführerschaft bei der Erzeugung von Stahl unter Einsatz von Strom statt Koks anstrebt. Allein diese Investition wird zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen in Österreich von fünf Prozent führen.

Auf diesen Vorarbeiten sollte jede neue Regierung aufbauen – denn viele dieser Maßnahmen sparen der Republik sowie ihren Bürgern und Bürgerinnen Geld. Ähnliches gilt für eine ambitionierte Naturschutzpolitik. Durch die Umsetzung des Renaturierungsgesetzes sollen Flüsse mehr

Raum bekommen, und Feuchtgebiete wie entwässerte Moore sollen wieder vernässt werden. Das ist vergleichsweise billig und in jedem Fall viel billiger, als weiterhin Milliarden Schäden durch immer größere Hochwässer als Folge kanalisierter Flüsse in Kauf zu nehmen. Die EU-Kommission hat vorgerechnet, dass jeder Euro, der in Europa für Renaturierung ausgegeben wird, eine zwölf-fache (!) Umwegrentabilität hat – durch vermiedene Umweltkatas-trophen und durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Auch Parteien, die dem Umwelt- und Klimaschutz reservierter ge-

genüberstehen, sollten die wirtschaftliche Notwendigkeit eines nachhaltigen Umgangs mit endlichen natürlichen Ressourcen erkennen können. Eine Regierung, die es gut mit Österreich meint, muss daher für eine konsequente Umweltpolitik eintreten. Und zwar schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse. Raubbau an der Natur lässt sich nun mal nicht unbegrenzt fortsetzen. Schon jeder Waldbesitzer, jede Waldbesitzerin weiß, dass er bzw. sie nicht mehr Holz aus seinem oder ihrem Wald rausholen kann als nachwächst, wenn es in zehn oder 20 Jahren auch noch einen Holzertrag geben soll. Diese Einsicht, die nun wirklich nicht allzu schwer zu verstehen ist, sollte auch am politischen Verhandlungstisch gültig sein. Jenseits aller weltanschaulichen Differenzen. Diese Erwartung habe ich, hat die Wissenschaft, ja hat die österreichische Bevölkerung an die neue Regierung.

Der Autor ist Ökologe an der Univ. Wien und war „Wissenschaftler des Jahres 2022“ in Österreich. Er ist im Leitungsteam des Öst. Biodiversitätsrates, eines der Mitveranstalter der „Tage der Biodiversität“ an der Univ. für Bodenkultur in Wien (siehe unten).

DIE FURCHE EMPFIEHLT

Rupert Riedls vielseitiges Erbe

Am 22. Februar jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag des österreichischen Zoologen und Meeresforschers Rupert Riedl. Eine Tagung im Naturhistorischen Museum Wien erinnert an sein vielschichtiges Werk.

Die Bedeutung Rupert Riedls Werk für die heutige Wissenschaft
28. Februar 2025, 9.30–17.00 Uhr
Naturhistorisches Museum
Maria-Theresien-Platz, 1010 Wien

BIODIVERSITÄTSTAGE 2025

„Gemeinsam aus der Krise“

Die von zahlreichen Institutionen organisierte Veranstaltung an der Wiener Universität für Bodenkultur (BOKU) bringt von 25. bis 28. Februar zahlreiche Forschende, Praktiker und Entscheidungsträger(innen) aus Politik und Verwaltung, NGOs, Zivilgesellschaft und Medien zusammen. Das Motto: „Gemeinsam auf dem Weg aus der Biodiversitätskrise“. Themenschwerpunkte sind heuer Renaturierung und gesellschaftliche Transformation. Die „Young Researchers Session“ lädt junge Forschende ein, ihre Studien zu präsentieren und sich mit ihren Beiträgen um die „Biodiversitätspreise 2025“ zu bewerben. (mt)

„Die EU-Kommission hat vorgerechnet, dass jeder Euro, der in Europa für Renaturierung ausgegeben wird, eine zwölf-fache (!) Umwegrentabilität hat – u. a. durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze.“